

EIL-A5 Gegen jeden Neoliberalismus! (Zurückgezogen)

Antragsteller*in: Felix Steins

Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1455 Spätestens seit der Finanzkrise, in der das Scheitern des politischen
1456 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein
1457 ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen
1458 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab,
1459 selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der
1460 Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die
1461 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So
1462 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer
1463 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu
1464 Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration
1465 nimmt immer weiter zu.

1466 Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken
1467 nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“
1468 hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und
1469 Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs
1470 geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im
1471 Raum.

1472 Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

1473 Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und
1474 Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen
1475 andererseits:

1476 Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form
1477 von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem
1478 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis
1479 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass
1480 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen
1481 zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit
1482 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnt. Und das wiederum ist nur
1483 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von
1484 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr
1485 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum
1486 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

1487 Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:

1488 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für
1489 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
1490 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können
1491 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich
1492 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,
1493 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten
1494 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der
1495 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als Volkswirtschaft mehr

1496 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann
1497 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den
1498 südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

1499 Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as
1500 society“

1501 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb
1502 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz
1503 und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen
1504 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.
1505 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen
1506 Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender
1507 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der
1508 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.
1509 Jede linke Organisation oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein
1510 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der
1511 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch
1512 Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen,
1513 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

1514 Leistungsträgerideologie

1515 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von
1516 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“
1517 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner
1518 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet
1519 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus
1520 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
1521 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht
1522 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
1523 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert,
1524 insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement. Aber auch die
1525 Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken, „Chancengleichheit“ zu
1526 realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine Verwerfung der
1527 Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei, wenn nur alle
1528 benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen
1529 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
1530 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

1531 Fazit:

1532 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
1533 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte
1534 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen
1535 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht
1536 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den
1537 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht
1538 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen
1539 Erfolg von Rechten zu werden.

1540 CampusGrün beschließt,

- 1541 1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.
- 1542 2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch
1543 zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich
1544 zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die
1545 Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische
1546 Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die
1547 Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die
1548 moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung;
1549 dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die
1550 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnssektors)
1551 Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um
1552 den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich
1553 sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen
1554 gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte
1555 sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als
1556 „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“
1557 grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu
1558 organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller
1559 Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus
1560 etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an
1561 alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches
1562 und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der
1563 Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die
1564 Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an
1565 sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung
1566 ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung,
1567 dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an
1568 Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und
1569 grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die der Neoliberalismus in
1570 seiner schier unendlichen Kreativität im Alltagsverständnis vieler Menschen
1571 platziert hat.
- 1572 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen
1573 Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert
1574 ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt
1575 und scharf als Ungleichheitsideologie verurteilt.
- 1576 4. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der
1577 fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (zB
1578 Bildung, Pflege, Wohnen) entgegen zu stellen und für materielle
1579 Verbesserungen zu kämpfen.

1580 [1]: <https://www.youtube.com/watch?v=uOzW7jI5xio> ab 0:20 bis 0:40

Begründung

s.Antrag

Unterstützer*innen

René Bloch (Offene Grüne Hochschulgruppe Oldenburg)